

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Reichstarifvertrag für das Baugewerbe

Der abgeänderte Reichstarifvertrag ist, soweit wir übersehen, von allen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen angenommen worden. Somit wird in allernächster Zeit die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen. Es müssen nun alle Vorbereitungen getroffen werden, damit auch die neuen Lohn- und Arbeitstarife baldmöglichst zustande kommen und so wieder ein geordneter tariflicher Zustand im Gewerbe geschaffen wird. Die neuen Reichstarifverträge mit Vordruck für den Lohn- und Arbeitstarif werden den Bezirksleitern zugehen, sobald sie im Druck fertiggestellt sind.

### Wirkungssteigerung im Baubetrieb

Von Dr.-Ing. Alfred Wiener.

Daß der Wohnungsnot nur durch Neubautätigkeit beizukommen ist, hat man längst allseitig erkannt. Der Verwirklichung der vielen Neubausprojekte stehen aber die außerordentlich gestiegenen Baukosten entgegen. Neuherstellung von Wohnungen und Wiederbelebung der Bautätigkeit, die Entlastung des Wohnungs- und Arbeitsmarktes bedeuten, fördern daher Mittel zur Kostenminderung. Sie kann nur erreicht werden, durch wirtschaftlichere Gestaltung des ganzen Bauens, durch Verbesserung und Umgestaltung der Arbeitsweisen, durch Rationalisierung des Baubetriebes.

Im Gegensatz zu vielen Zweigen der Industrie und weit entfernt noch vom amerikanischen Bauwesen ist unser Baugewerbe in seinen Arbeitsmethoden stark rückständig. Sieht man von Eisenkonstruktion und Beton ab, so steht unser Bauen wirtschaftlich nicht wesentlich über dem von vor Jahrtausenden. Arbeitsvorgang und Arbeitsgerät sind fast die gleichen geblieben und weisen kaum bedeutendere Verbesserungen auf. Damit ist eine Wirkungssteigerung und Kostenminderung nicht zu erreichen.

Will man den technischen und wirtschaftlichen Nutzeffekt steigern — und die Not der Zeit zwingt dazu —, so muß man zu einer andern Gestaltung des ganzen Bauens kommen. Dazu aber ist Vorbedingung der genaueste Kenntnis des Arbeitsvorganges in allen Teilen des Bauens, des Mauerns wie des Zimmerens, des Ausschachtens und Betonierens, der Hochbau- wie der Ausbauarbeiten. Merkwürdig, daß bis vor kurzer Zeit sich bei uns auch die Fachwelt kaum damit beschäftigte, wie der Arbeitsvorgang, zum Beispiel das Mauern, geschieht aus welchen Teilen er zusammengesetzt ist, in welche Phasen und Einzellelemente er zerfällt. Und doch ist die eingehende und tief eindringende Kenntnis des Mauerns zur Verbesserung der Methode für eine Rationalisierung unerlässlich. Vorbilder hierfür geben die Untersuchungen der Betriebswissenschaften im Maschinenwesen und Psychotechnik zur Erforschung der zum Teil noch unerfundenen physischen und psychischen Vorgänge bei der Arbeit. In zahlreichen Zeitstudien mit Stoppuhr und andern Zeitmessern wird man die Zeiten zu erfunden haben, in denen zum Beispiel das Verlegen des einzelnen Ziegels vor sich geht, in genauen Bewegungsstudien photographisch und kinematographisch zu erkennen suchen, wie viele Einzelbewegungen zur Arbeitsverrichtung gemacht werden und welche Form sie haben. Sie zeigen, ob zu viel und unnötige oder falsche Bewegungen durch wenige zweckmäßigere, kürzere, wirksamere ersetzt und die Dauer des Arbeitsvorganges dadurch gemindert werden kann. Daß dabei Gestalt, Form und Gewicht der Arbeitsgeräte wesentlich mitwirken, haben erste Untersuchungen erwiesen. Denn je nach richtiger oder falscher Anspannung der für die Arbeit notwendigen Muskel-

gruppen und Nervenstränge durch Handwerkszeug und Arbeitsweise wird besonders bei übermäßiger Anstrengung baldige Ermüdung und Kräfteabnützung eintreten und damit die vermeintliche Wirkungssteigerung in ihr Gegenteil verkehrt. Ermüdungsstudien, wie sie mit Zeit- und Bewegungsuntersuchungen zusammen die moderne Psychotechnik besonders bereichert, wird bei der Darstellung des Arbeitsbildes wie der Umgestaltung der Arbeit, zum Beispiel Einlegen von Pausen, Verkürzen der Arbeitsdauer, zur Intensivierung des eigentlichen Arbeitsvorganges auch beim Bau wesentlich mitzuwirken haben. Hiernach hat sich auch die Gestaltung des Gerätes zu richten. Wenn zum Beispiel der zu starke Griff der Mauerfelle die Handmuskeln durch Ueberanstrengung bald erschöpfen läßt und damit Nachlassen der Arbeitsintensität eintritt, das Rückgang der Produktivität zur Folge hat, so muß dieser Griff geändert werden; oder wenn zu starke Anspannung der Kräfte nach kurzer Zeit die Arbeitskraft mindert, so wird zweckmäßiger eine Arbeitspause eingelegt, als mit verringerter Kraft weitergearbeitet, nur darf das nicht willkürlich in das Belieben des einzelnen gestellt, sondern muß auf Grund genauester wissenschaftlicher Forschungen allgemein eingeführt werden. Noch ein drittes Beispiel: Das bisher fast ausschließlich gebrauchte Mauergerüst verlangt vom Maurer bei den untersten Ziegelschichten tiefes Herabbücken, bei den oberen Ausreden der Arme, zur Entnahme von Steinen aus dem ungeordneten, hinter ihm liegenden Steinhäufen und des Mörtels aus dem Mörteltrog eine volle Körperumdrehung und wiederum jedesmaliges Bücken. Welch überflüssiges Zubewegen von Muskelgruppen — Hüften, Rücken, Schultern —, die bei richtiger Lage von Material und wirksamster Stellung des Maurers zum Mauerwerk gar nicht gebraucht würden. Der Amerikaner Gilbreth hat ein Gerüst erfunden, bei dem das Standbrett des Maurers stets 80 Zentimeter unter der jeweils zu mauernden Schicht bleibt und mit dem Anwachsen der Mauer gehoben wird, und bei dem das Material dem Arbeiter in gleicher Höhe geordnet und gesichtet zugeführt wird.

Die Gerüstfrage führt von der Einzelarbeit zum ganzen Baubetrieb, der in rationeller Ausgestaltung weit hinter dem allerdings im Gegensatz zu ihm stationären Fabrikbetrieb zurückbleibt. Gerade hier könnten die größten Ersparnisse gemacht werden, wenn vor Baubeginn neben dem Bauplan ein bis in alle Einzelheiten durchgedachter Arbeitsplan aufgestellt wird, wenn Arbeiten, die im Bureau oder auf dem Wertplatz praktischer und schneller zu bewältigen wären, von der Baustelle genommen würden, wenn die Transportanlagen, die Materialzuführung und -lagerung, Gerüstaufstellung, Verteilung der Arbeiter, Festlegung der Arbeitszeiten und Beachtung ihrer Einhaltung vorher überlegt und festgesetzt werden. Kurzum, wenn dem Betrieb genau so wie der Konstruktion überdachte Pläne zugrunde liegen würden. Wirkt doch zum Beispiel das gerade auf Bauern häufige Warten auf das Material arbeitsunterbrechend und damit kostensteigernd. Hier hat die Betriebswissenschaft noch viel Arbeit zu leisten, um die notwendigen, fast ganz fehlenden Studien vorzunehmen. Es ist unbedingt erforderlich, auf die Dringlichkeit einer Rationalisierung der Baubetriebe hinzuweisen und weiteste Kreise für diesen Gedanken zu gewinnen. Denn sie wird nicht das geringste Mittel sein, durch Verminderung der Kosten die Wohnungsneubautätigkeit zu heben und durch vereinfachte Methoden die Wiederaufbauarbeiten zu verbilligen.

Nachwort der Schriftleitung: Der vorstehende Aufsatz ist der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Die Wohnungsfürsorge“ entnommen. Es ist anzunehmen, daß der augenblickliche Hochstand der Baukosten die Frage der Einführung des Taylor-Systems in unserem Gewerbe erneut in Fluß bringen wird. Wir wollen kurz und klar unsere Meinung dazu sagen: Soweit das Taylorsystem auf einen

Arbeitsprozeß abzielt, der durch die „Stoppuhr und andere Zeitmesser“ charakterisiert wird, lehnen wir es ab. Ein auf solche raffinierte Art ausgeklügelter und ebenso raffiniert überwachter Arbeitsvorgang — ohne ständige, peinlich strenge Kontrolle ist er überhaupt nicht durchführbar —, muß die Arbeit völlig entseelen, das Arbeiten zur Qual und den Arbeiter zu einer fast willenlosen Arbeitsmaschine machen. Steigerung der Produktivität (d. i. ein besserer Ertrag des Arbeitsaufwandes), jawohl! Aber höher wie sie steht uns der Mensch, sein Wohlergehen und seine Würde. Uebrigens hat sich, verlässlichen Nachrichten zufolge, diese extreme Art des Taylorsystems auch in Amerika nicht als dauerhaft erwiesen. Die Arbeiter liefen meist nach einiger Zeit wieder weg, jedenfalls nicht aus übermäßiger Freude an ihrer „wissenschaftlichen“ Arbeit.

Das hindert uns aber nicht, anzuerkennen, daß im Taylorsystem eine Reihe durchaus richtiger Erkenntnisse stecken, die längst verdient hätten in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Dazu gehören vor allem jene Bestrebungen, die ein besseres Arbeitsergebnis erzielen wollen, indem sie die Arbeit leichter machen. Hier wird im Baugewerbe heute noch ungeheuer viel gesündigt. Was Dr. Wiener oben sagt über unzuverlässige Verfassung der Gerüste, unpraktische Form der Werkzeuge, unzulängliche Zusammensetzung des Mörtels, verfehlte Lagerung des Materials auf dem Gerüste und die Mangelhaftigkeit der ganzen Organisation des Baubetriebes ist durchaus richtig. Die Folge dieser technischen Unzulänglichkeiten ist, daß die Bauarbeit heute noch allzu sehr als Last empfunden wird und tatsächlich auch als solche wirkt; der Körper ermüdet infolgedessen mehr als notwendig, was wiederum zur Folge hat, daß das Arbeitsergebnis hinter dem Möglichen zurückbleibt. Die Bauarbeiter werden allen Reformvorschlügen, die auf die Abstellung der bezeichneten Mängel ausgehen, nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sie nach Kräften fördern helfen. Uebrigens hat bisher in der Hauptsache nur die Bauwissenschaft eine ernstere Anteilnahme an diesen Dingen bekundet. Das Interesse der praktischen Baugewerbetreibenden erhellet am besten an der Tatsache, daß die vor einigen Jahren gegründete „Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb“ im letzten Winter aus Mangel an Mitteln den Betrieb hat einstellen müssen. Um so erster sollte die Angelegenheit von unseren Bauproduktivgenossenschaften behandelt werden. Wenn es ihnen gelänge, auf diesem Gebiete bahnbrechend vorzugehen, würden sie nicht nur mit einem Schlag die Bauwissenschaft für sich erobern, sondern auch ihre Stellung im Gewerbe ganz außerordentlich stärken und festigen.

### „An das republikanische Volk“

Am 30. Juni 1922 erließen unter obiger Ueberschrift die führenden Männer der verschiedensten Richtungen innerhalb der sozialistischen Partei und Gewerkschaftsbewegung einen Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, der als Zeitdokument unserer sogenannten demokratischen Gegenwart sehr beachtenswert ist. Herausgeber dieser „Verordnung“ sind der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, für den Leipziger und Grafmann zeichnen, der Allgemeine freie Angestelltenbund, mit Kaufhäuser, Süß und Stach als Vertreter, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, vertreten durch Braun und Weiss, die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, für welche Crispian, Vittmann und Lebour zeichnen und als Fünfter im Bunde die kommunistische Partei Deutschlands, mit den Unterschriften von Reher und Koenen.

Die zwölf Apostel des gesamten deutschen nunmehr — für 8 Tage — einigen Sozialismus werden sich also an „ihr republikanisches Volk“ und verordnen folgendes: Zum Schutze der deutschen Republik hat das gesamte arbeitende Volk am Dienstag, dem 4. Juli, nehmittags die Arbeit ruhen zu lassen und in ge-

schlossenen Massen auf Straßen und Plätzen für die Forderungen des genannten Fünferrates zu demonstrieren. Die örtliche Leitung der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien haben gemeinsam die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieser wiederholten Kundgebung des Volkswillens zu treffen. Die Arbeitsruhe tritt überall mit dem Schluß der Vormittagschicht spätestens um 1 Uhr ein. Die Belegschaften der Betriebe gehen in geschlossenen Zügen nach den Demonstrationsplätzen. Um 3 Uhr beginnen hier die Ansprachen der örtlich zu bestimmenden Redner. Sie haben die von uns aufgestellten Forderungen an die Regierung und den Reichstag zu verlesen und eine Abstimmung der Demonstranten über diese Forderungen herbeizuführen.

Unsere Forderungen sind deshalb örtlich vorher in Massenaufstellungen zu drucken und bei der Demonstration an jedermann zu verteilen. Ihr Inhalt muß in die weitesten Kreise des Volkes getragen werden.

Im weiteren regelt dann die Verordnung die Formierung der Straßenzüge, die Zuteilung des Straßensystems, sowie der Eisenbahnen einschließlich der Hochbahnen. Sämtliche Gasthausbetriebe werden von der allgemeinen Betriebsstilllegung mitbetroffen und haben um 6 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Schließlich wird noch von den Demonstranten ein ernstes und würdevolles Auftreten verlangt und werden für den Fall, daß diese Demonstration des Volkswillens nicht schleunigst Erfolg haben würde, neue Parolen in Aussicht gestellt. Dann folgen die schon oben wiedergegebenen Unterschriften der 12 sozialistischen Volkstribunen. Die deutsche Republik ist nunmehr gerettet!

Angeichts eines solchen, ganz im Stile der Sozial- und Kulturvorschriften des Strafgesetzbuches gehaltenen Aufrufes muß man schon sagen, daß die ihn zeichnenden Obergewissen nicht ohne Erfolg in die Schuhe bei den fürstlichen Absolutisten von Rußland bzw. des verfallenen russischen Zarenismus gegangen sind. Bei ihrem energischen Auftreten muß das Geschick der Rechtsradikalen verstimmen, das deutsche Reichschiff habe keine kraftvollen Führer. Die Führer des „reinen“ Sozialismus haben jedenfalls mit ihrem Aufruf bewiesen, daß sie starke Männer sind, die wir brauchen, und daß sie vorzügliche Kapitäne für — — — „Rüstschiffe“ sind.

Die Sache wäre lächerlich, wenn sie nicht einen so außerordentlich ernstem Hintergrund hätte. Den Sozialisten aller Schattierungen fehlt offenbar jedes Gefühl dafür, daß sie mit Maßnahmen solcher Art den Gequern des demokratisch-republikanischen Staatsgedankens direkt in die Hände arbeiten und die breiten Massen der Arbeitnehmer zu einer feierlichen Rajahine herabwürdigen, die man durch einen Druck auf den Knopf von Berlin aus in Bewegung setzt. Gott schütze die Republik und das republikanische Volk vor solchen Freunden!

Auf die Unnützigkeit und Schädlichkeit solcher von oben herab diktierten Demonstrationenstreiks soll hier nicht weiter eingegangen werden, auch nicht auf die stante o.e. Art, wie in zahlreichen Fällen Andersdenkende zum Mitdemonstrieren gezwungen wurden. Es verdient aber der Erwähnung, daß die christlichen Gewerkschaftler sich überall da, wo sie einigen Einfluß in der Arbeiterchaft besitzen, mit Erfolg gegen eine solche Verschandelung des demokratischen Staatsgedankens wehrten. Namens des Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnte Stegerwald den roten Mas in eindringlicher Weise ab und gleichzeitig damit geben überall die Bezirksstarke in spontaner Weise die Gegenparole der christlichen Gewerkschaften ab. Der Grundton des Stegerwaldschen Aufrufs und der Aufruf der christlichen Gewerkschaftstarke war: Wir machen den Demonstrationenstreik nicht mit, wir dienen der Republik durch Arbeit! Diese Parole fand lebhaftesten Anklang nicht nur im Lager der christlich-nationalen Arbeitnehmer, sondern bis weit in die sozialdemokratischen Kreise hinein. So die christliche Gewerkschaftsbewegung stark genug ist, neben der republikanischen auch die demokratische Stimmung zu schärfen, veranlaßte ihre Arbeitsparole in Preußenland eine ganze Reihe von Ortsansässigen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Aia, gegen den Befehl von Berlin die diktierte Demonstration auf die Zeit nach Arbeitschluß zu verlegen, da man andernfalls ein völliges Nissto fürchtete. Mit welchem Erfolg sich die christlichen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen dem Demonstrationen- und Streikbefehl der sozialistischen Diktatoren entgegenstellten, dafür nachstehend einige Beispiele: In Aachen wurde in den meisten Betrieben weitergearbeitet. Nur dort mußten die christlichen Gewerkschaften mühsam, wo die roten Rajahinen die Betriebe stillgelegt hatten. Der Demonstrationstreik der Genossen entsprach bei weitem nicht der ausgeübten Stärke ihrer Bewegung dortselbst. In Barmen-Elberfeld befolgten die christlichen Gewerkschaftler überall der Parole des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wo sie nicht vom roten Terror zur Arbeitsruhe gezwungen wurden. In Bergdorf wurde der Demonstrationstreik der Arbeiter Obergewissen selbst von den sozialdemokratisch Organisierten nicht befolgt und überhaupt nicht demonstriert. In Bonn wurde in den meisten Betrieben weitergearbeitet und nur in einzelnen Betrieben unter dem Druck der Gegenparole seitens der christlichen Gewerkschaftler die Arbeitsruhe erzwungen. In Cleve arbeiteten alle Betriebe, in welchen die christlichen Gewerkschaftler Einfluss besitzen, weiter. In Coblenz wurde die bestmögliche Arbeitsruhe nur in ganz vereinzelten Fällen durchgesetzt. Fast alle Betriebe arbeiteten durch. In Dortmund und Bielefeld blieben die christlichen Gewerkschaftler überall bei der Arbeit, soweit sie nicht durch den Druck der „Schüler der Republik“ zum Mitstreikern gezwungen wurden. In einigen Orten des Bezirks beteiligten sich die verschiedenen Betriebe überhaupt nicht an der Arbeitsruhe und Demonstration. In Düren wurde in allen Betrieben weitergearbeitet. In Essen leiteten nicht nur die christlichen Gewerkschaftler, sondern auch viele der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angehörigen den Befehl zur Arbeitsruhe praktisch dadurch ab, daß sie weiterarbeiteten. Der Demonstrationstreik der Genossen wies eine geringere Beteiligung auf als derjenige vom 27. Juni. In Goch, der sogenannten „roten Hochburg“ am Niederrhein, verzichteten die Genossen auf eine Demonstration während der Arbeitszeit und hielten nur eine Versammlung nach Arbeitschluß ab. In den meisten Orten des niederrheinischen Bezirks wurde überhaupt nicht demonstriert. In Köln arbeitete die Mehrzahl der christlich Organisierten weiter, und die christlichen Straßenbahner brachten es fertig, entgegen dem roten Demonstrationstreik den Straßenbahnbetrieb auch während der Demonstration völlig aufrechtzuerhalten, wobei sehr viele rot organisierte Straßenbahner sich dem Vorgehen ihrer christlichen Kollegen angeschlossen. In Krefeld verlegten die Genossen ihre Demonstration nach Arbeitschluß. In M.-Gladbach bedeutete die Demonstration den Genossen einen glänzenden Reinerfolg. An dem „Feiertag“ zur Stadthalle beteiligten sich höchstens 300 unentwegte Genossen und Genossinnen. Das gleiche geschah in Münster i. W., wo keine Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien erst abends demonstrierten.

Die vorstehend angeführten Beispiele beweisen, daß überall dort, wo eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung die Freiheit der Gewinnung zu schützen imstande ist, die Zeiten des roten Absolutismus vorbei sind, und daß noch lange nicht alle Köder still stehen, wenn die zwölf Apostel des „reinen“ Sozialismus der „Stadt und der Provinz“ die allgemeine Arbeitsruhe verkünden.

### Lebensmittelpreise und Bauarbeiterlöhne

Im Nachfolgenden soll an Hand eines Zahlenbeispiels dargelegt werden, wie die Entwicklung der Lebensmittelpreise neben der der Bauarbeiterlöhne seit dem Jahre 1914 verlaufen ist. Die Angaben sind den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Köln entnommen. Sie zeigen eine fast beispiellose Verteuerung einer großen Reihe lebensnotwendiger Nahrungsmittel:

Lebensmittelpreis für die Stadt Köln.

Nr.	Artikel	Menge	1914	15. 3. 22.	12. 4. 22.	10. 5. 22.	5. 7. 22.	Durchschnittlich hoch gegenüber Juli 1914
1	Brot	1500 gr	0,48	11,80	22,50	12,50	14,00	28
2	Kartoffeln	1000 gr	0,10	6,60	6,60	7,60	7,20	72
3	Rindfleisch	1000 gr	1,40	60,00	96,00	98,00	140,00	100
4	Speck hiesig	1000 gr	1,70	74,00	120,00	124,00	200,00	115
5	Burk	1000 gr	1,50	72,00	94,00	100,00	170,00	112
6	Schmalz	500 gr	0,70	36,00	48,00	48,00	68,00	98
7	Margarine	500 gr	0,80	28,00	31,00	34,00	45,00	56
8	Rübsöl	1 Ltr.	0,75	45,00	52,00	65,00	75,00	100
9	Weizenmehl	500 gr	0,14	8,50	12,50	13,00	17,00	120
10	Rudeln	500 gr	0,38	13,00	14,00	20,50	22,00	64
11	Weiz	500 gr	0,20	11,00	12,00	13,00	16,00	80
12	Gerstemehl	500 gr	0,25	9,00	14,00	15,00	19,00	73
13	Sago	500 gr	0,28	12,00	14,00	15,00	20,00	76
14	Bohnen w.	500 gr	0,18	7,00	8,00	9,50	11,00	62
15	Birfing	500 gr	0,05	7,00	11,00	11,00	11,00	220
16	Beizöl	500 gr	0,04	5,00	12,00	12,00	12,00	300
17	Kohl	500 gr	0,05	9,00	10,00	10,00	10,00	200
18	Möhren	500 gr	0,05	5,00	8,00	8,00	14,00	280
19	Erbsen gelb	500 gr	0,13	7,00	8,00	9,50	13,50	103
20	Erbsen	1 St.	0,05	2,50	2,70	2,70	5,00	100
21	Zucker	500 gr	0,24	8,00	12,75	16,00	18,50	75
22	Rübenkraut	500 gr	0,14	8,50	8,50	8,50	10,00	70
23	Kalzfleisch	500 gr	0,15	10,00	10,50	11,20	15,00	100
24	Wald	1 St.	0,22	8,90	9,00	9,00	13,00	55
25	Eier	1 St.	0,08	3,50	4,70	3,80	7,50	94
26	Salz	500 gr	0,09	0,50	0,55	0,55	1,00	11
27	Öl	1 St.	0,06	5,00	5,00	3,00	7,50	125
28	Zwiebeln	500 gr	0,10	5,00	10,00	15,00	14,00	140

10,34/477,90/644,60/701,55/975,20/ 94,3

Nach dem Muster dieser Statistik sind nun zehn weitere rheinische Städte untersucht worden, wobei sich folgendes Ergebnis feststellen ließ:

Stadt	Preisindex				Steigerungs- satz gegenüber Juli 1914	
	Juli 1914	15. 3. 22.	12. 4. 22.	10. 5. 22.		
1. Aachen	11,29	521,50	680,30	798,25	980,80	87,5
2. Bonn	11,19	484,10	631,15	684,25	940,50	84,7
3. Düsseldorf	11,33	470,70	593,29	685,--	938,40	85,0
4. Essen	11,20	450,20	619,65	658,20	908,80	81,0
5. Koblenz	10,63	450,--	592,--	676,35	949,79	90,0
6. Köln	10,24	477,90	643,80	701,35	975,20	94,3
7. Krefeld	10,84	451,10	616,15	692,50	925,49	88,0
8. M.-Gladbach	10,66	455,40	586,10	684,10	928,10	87,5
9. Trier	10,55	444,20	520,40	622,90	854,70	80,0
10. Xanten	11,85	472,90	619,30	785,--	984,90	89
Gesamtzahl	190,96	4672,10	6158,96	6839,69	9100,--	765,0 %
Durchschnittswert	19,09	467,31	615,99	683,96	910,--	765,0 %

Im Jahre 1914 mußten für die in der Kölner Statistik benannten 28 verschiedenen Lebensmittel 10,34

aufgewandt werden. Am 5. Juli 1922 975,20 %, das bedeutet eine Steigerung um das 94,3fache gegenüber den Preisen vom Juli 1914.

Demgegenüber betrug der Lohn der Maurer in Köln am 1. Juli 1914 pro Tag 9 1/2 Stunden x 0,70 % gleich 6,65 %.

Bei der vom Statistischen Amt in Köln errechneten Teuerung und dem Sinken der Kaufkraft der Mark bis zum Stichtag 21. 6. 1922, müßte der Papierbetrag des Lohnes für Juni 45,8 mal höher sein, wie 1914.

Das wären 304,57 % für den Tag, oder ein Stundenlohn von 38,07 % für den Monat Juni 1922. Der Lohn betrug aber ab 3. Juni 1922 nur 32 %, das bedeutet ein weniger von 48,56 % pro Tag gegenüber dem Lohn vor 1914, wenn man diesen in Papiermark umrechnet!

Mit diesen wenigen Zahlen, die nichts als ein Beispiel sein sollen, wird klar erwiesen, was es mit den „hohen“ Löhnen der Bauarbeiter auf sich hat und der Beweis erbracht, daß die bitterste Not und Gefahr es ist, welche die Arbeiterchaft zum Drehen der Lohnschraube veranlaßt.

### Allgemeines

#### August Brust

Allgemach kommt auch unsere Bewegung in die Jahre. Man merkt's am Alter der Gründer. Vor zwei Jahren konnte Franz Wicher der Feuerkop im schlohweißen Haar, Gründer und heute noch Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes, seinen 60. Geburtstag feiern. Ihm ist jetzt August Brust gefolgt, der am 1. August das sechste Jahrzehnt seines Lebens überschritten hat.

August Brust ist der Gründer der ältesten christlichen Gewerkschaft, des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Die Bedeutung des Werks, zu dem er im Jahre 1894 den Grund legte, kann nicht gut überschätzt werden. Mit dem sicheren Blick des großen Führers wählte er von vornherein den richtigen Weg und ist darin entscheidend geworden für die Entwicklung und grundsätzliche Bestimmung der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der „Deutsche“ würdigt dieses Verdienst August Brust's wie folgt:

„Es zeugt von dem Weitblick des einfachen Arbeiters, daß Brust gleich bei der Gründung die rechten Grundzüge wählte. Er stellte den Gewerksverein auf christliche und geistliche Grundlage. Er erkannte den Wert der christlichen Idee für die Hebung der Lage der Arbeiterchaft. Der Gewerksverein sollte eine ehrliche Arbeitervertretung sein; der Klassenkampf indes wurde abgelehnt. Brust gestaltete den Gewerksverein interkonfessionell; das schuf ihm manche Gegner. Wenn Christen verschiedener Konfession nicht einmal in gewerkschaftlichen Dingen zusammenwirken könnten, dann machten sie die Religion den Leuten nur zum Gespött! Brust legte den Gewerksverein weiter fest auf parteipolitische Neutralität. Mit jähiger Energie hielt er gegenüber allen Widersachern — und diese waren nicht ungeschicklich — an diesem Grundsatz fest. Unter den denkbar größten materiellen Opfern und unter steter Bekämpfung von allen Seiten ging Brust den für richtig erkannten Weg. Gern bediente er sich der Ratsschläge gutmeinender Freunde der Arbeiterchaft. Dazu gehörten u. a.: Professor Hise und Pfarrer Weber. Nie aber kam es Brust in den Sinn, die Führung der Arbeiterorganisation anderen zu überantworten. Die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Bewegung ging ihm über alles. Wenn die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vollständig frei und unabhängig von kirchlichen und parteipolitischen Abhängigkeiten dasteh, dann gehörte dafür in erster Linie das Verdienst August Brust's.“

August Brust ist seit Jahren nicht mehr aktiv in der Leitung der Bewegung tätig. Die Verbindung mit ihr und seinen engeren Berufsgenossen hat er aber niemals verloren. Das Vertrauen der letzteren berief ihn vor einigen Jahren auf den Posten eines Direktors des Kalihandels in Hannover, welche Stelle er jetzt noch bekleidet.

Als ein Prolet von echtem Schrot und Korn, steht August Brust vor uns. Hart hat das Leben ihn angefaßt und wer weiß, ob ein Schwächerer wie er nicht unterlegen wäre, als in jenen heute schon geschichtlich gewordenen neunziger Jahren die Hindernisse und Schwierigkeiten sich hergeschoben gegen ihn aufstürzten. Sein eiserner Wille zwang alle Widerstände nieder. Und wenn heute der Gewerksverein in achtunggebietender Stärke dasteh, so ist mit dieser Entwicklung der Name August Brust's untrennbar verbunden.

So schließen auch wir uns den Gratulanten zum 60. Geburtstag August Brust's von Herzen und in Dankbarkeit an. Möge er in körperlicher und geistiger Rüstigkeit der Bewegung noch recht lange erhalten bleiben!

### Die Teuerung im Juli — gegen Juni 32 % Steigerung!

Die auf Grund der Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung (also nicht auch Bekleidung) berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juli auf 4990 gestiegen, gegenüber 3779 im Monat Juni. Die Steigerung ist diekmal außerordentlich

Sie beträgt 32 v. H. gegen 9,2 v. H. von Mai auf Juni. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli auf 8236. Die Steigerung von 33,5 v. H. gegenüber dem Vormonat ist demnach nicht viel höher, als die der Gesamtausgaben.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben die der Latentverschlechterung ständig folgenden Sprunghaftigen Preissteigerungen sämtlicher in die Erhebung einbezogenen Lebensbedürfnisse (mit Ausnahme der Wohnungsmiete) beigetragen, besonders auch die hohen Preise für Kartoffeln neuer Ernte.

Der Fortschritt der Teuerung ist sowohl in den Großstädten wie in den mittleren und kleineren Städten weniger einheitlich; in keiner Erhebungsgemeinde ist indessen die Teuerung gegenüber dem Vormonat um weniger als 20 v. H. gestiegen.

Dabei muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die amtliche Statistik die Teuerung nur sehr unvollkommen erfaßt, worauf auch in dem Leitartikel der letzten Nummer der „Bauergewerkschaft“ hingewiesen wurde. Besser, wenn auch noch unzureichend, ist die Berechnungsmethode von Dr. Kuczynski.

Danach ist das Existenzminimum im Juli 1914 für eine vierköpfige Familie auf 1763 Mark wöchentlich gestiegen, gegenüber 28,80 Mark 1914. Das ist eine Steigerung auf das 61,2fache! Im Augenblick sind aber die Preise schon wieder viel weiter gestiegen.

Die Gefahren, die eine solch krankhafte Preisentwicklung für den wirtschaftlichen und sozialen Frieden heraufbeschwören muß, liegen auf der Hand. Und angesichts dieser für unser Land so kritischen Lage weiß eine gewisse Presse nichts Besseres zu tun, als gegen die „hohen“ Löhne der Arbeiter, insbesondere der Bauarbeiter, zu hetzen.

**Einkommensteuer und Lohn**

In der gegenwärtigen Zeit wird vielfach über die hohen Löhne der Arbeiter, insbesondere der Bauarbeiter, losgezogen. Diesen Kritikern fällt es aber nicht ein, einmal ernstlich nachzuprüfen, inwieweit sich die Kaufkraft des Lohnes gegenüber den Vorkriegsverhältnissen gebessert oder verschlechtert hat. Man läßt sich durch die hohen Zahlen blenden, ohne deren inneren Wert zu prüfen. Tatsächlich ist das Mißverhältnis zwischen Nominallohn und Reallohn in den letzten Jahren ständig größer geworden. Auch die Einkommensteuer wirkt mindernd auf die Kaufkraft des Lohnes.

Als Beispiel sei das Einkommen eines Maurers mit Frau und zwei Kindern zugrunde gelegt. Sein Lohn betrug im Jahre 1914 in Köln 6,65 M je Tag. Bei 26 Arbeitstagen je Monat, sowie eine gleichmäßige Beschäftigung das ganze Jahr hindurch vorausgesetzt, ergibt das eine Jahreslohnsumme von 2074,80 M.

Nach dem preussischen Einkommensteuergesetz betrug damals der Staatssteuerjah für Einkommen von 1800 bis 2100 M 36 M. Durch das Kinderprivileg und die Beiträge zu sozialen Versicherungen ermäßigte er sich um wenigstens 2 Stufen, so daß der Satz von 24 M zugrunde zu legen ist. Die Zuschläge der Gemeinden waren verschieden. Nimmt man den gewöhnlich geringen Satz von 300 Prozent = 72 M an, so waren 96 M im Jahr oder monatlich 8 M Steuer zu zahlen.

Der selbe Maurer verdiente im Juli 1922 pro Tag 304,- M, ergibt einen Monatslohn von M 7904,-, hier von 10% Steuer = 790,- M dieser Betrag ermäßigt sich um 20+20+60+45 M = 145,- M bleibt an Steuer zu zahlen 645,- M Das ist ein Mehr gegenüber 1914 von 637,- M

Die Steigerung des Lohnes gegenüber 1914 beträgt das 45,7fache, die Steigerung der Steuer gegenüber 1914 aber das 79,6fache.

Es bliebe noch zu untersuchen, wie sich die Steigerung des Lohnes im Verhältnis zur Teuerungssteigerung verhält. Nach den vom Statistischen Amt der Stadt Köln am 19. Juli errechneten Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie, die nur das zum Lebensunterhalt Allernotwendigste berücksichtigt, beträgt die Steigerung das 57,8fache der Friedenspreise. Danach hätte der „gut bezahlte“ Maurer im Juli je Tag 384,87 M verdienen müssen, um nur die Teuerung auszugleichen. Hierbei sind aber die Mehrausgaben für Steuern, soziale Versicherungsbeiträge usw. über das 57,8fache hinaus nicht berücksichtigt.

Die Steuermehrerleistung gegenüber 1914 macht auf den Arbeitstag umgerechnet 6,70 M, dazu 80,37 M Kinderverdienst aus der Teuerungssteigerung ergibt ein Minderverdienst von rund 87 M allein aus diesen beiden Positionen. An dem Friedenslohn von 6,65 M gemein, arbeitet jetzt der „besonders hoch bezahlte“ Maurer für einen Tagelohn von 5,15 M, also um 1,50 M billiger als 1914.

An diesen nüchternen Zahlen kann man erkennen, wie es in Wirklichkeit um die Kaufkraft des Lohnes bestellt ist. Trotz ständiger Lohnsteigerungen war eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft unaufhaltsam. Dabei wird kein vernünftiger Mensch behaupten wollen, daß ein Maurer in den Vorkriegsjahren besonders gut gestellt war.

**Am 12. August 1922 ist der dreiunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.**

Darum ist es an der Zeit, daß sich die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit gegen das von arbeitslosen Kreisen immer wieder erhobene Geschrei von den hohen Löhnen wendet, zumal die Armut in den kinderreichen Familien von Tag zu Tag größer wird. Auch nach einem verlorenen Kriege hat der Mensch noch einen Anspruch darauf, durch seine Arbeit soviel zu verdienen, daß er ein menschenwürdiges Leben führen kann.

*T. H. Häuschen.*

**Für sich die Freiheit, für die anderen den Zwang**

Aus Anlaß der zweiten Demonstration wurde der Leitung der Deutschen Werke in Kiel (Reichsbetrieb!) ein „Erlaß“ der Betriebsobleute zugestellt, in dem es heißt:

„In der Versammlung der Betriebsobleute wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Arbeit wird am Dienstag um 12 1/2 Uhr niedergelegt und die gesamte Belegschaft verläßt die Werke geschlossen. Um 1 Uhr werden aus jeder Werkstätte fünf Mann als Sperrkommando vor dem Werkstor Aufstellung nehmen und die Zugangstraßen absperrern, so daß ein Einweichen von Arbeitern und Angestellten ausgeschlossen ist. Der Zug soll die ganze Breite der Straße umfassen und alle ihm etwa Entgegenkommenden, gleichviel, ob Beteiligte oder nicht, sollen gezwungen werden, daran teilzunehmen. Aus jeder Werkstätte sollen Abordnungen durch die Betriebe und Büreaus gehen, um sich zu überzeugen, daß die Betriebe geräumt sind und alles an dem Zuge teilnimmt. Etwa Angetroffene sollen gegebenenfalls mit Gewalt entfernt werden.“

Dieses Schreiben an die Direktion zeigt mit brutaler Deutlichkeit, wie die sozialistische Arbeiterschaft mit der Meinungsfreiheit der übrigen Arbeitnehmer umspringt. Für sich alle Freiheiten, für die anderen Terror und Gewissenszwang.

**Bäuerliche Interessenpolitik**

Die christlichen Bauernvereine wie der Bund der Landwirte (Reichslandbund) haben trotz der Verschiedenheit der Auffassung in religiösen und politischen Fragen bei Wahrung und Vertretung landwirtschaftlicher Interessen und Forderungen stets einträchtig zusammengearbeitet. Das „Bayer. Bauernblatt“ hat Ende Juni 1922 diese Tatsache besonders hervorgehoben. In der Tat haben die Landwirte die religiösen und parteipolitischen Unterschiede immer zurücktreten lassen und sind in einer Front marschiert, wenn es sich um die Wahrnehmung ihrer eigenen materiellen Interessen handelte. Geführt von den Groß-Agrarern und den Bauernkammern marschieren auch heute, im Kampfe gegen die Getreideumlage, die Bauern wiederum geschlossen. Dabei zeigte sich nun ganz offen, daß weniger der Zwang auf Ablieferung einer bestimmten, verhältnismäßig kleinen Menge von Brotgetreide an die öffentliche Hand die Ursache der Opposition ist, sondern vielmehr die Preisbemessung des Umlagegetreides.

Von Bauernkammern der Oberpfalz und landwirtschaftlichen Vertretungen in anderen Teilen des Reiches wird kurzerhand und ohne jede Rücksicht auf die brotverbrauchende Bevölkerung der freie Getreidepreis oder der Weltmarktpreis auch für das Umlagegetreide geordert. Große Bauernorganisationen im Westen, Süden und Osten des Reiches haben unverblümt die Sabotage des Reichsgesetzes über die Getreideumlage angekündigt, falls nicht ihren Wünschen auf höhere Getreidepreise Rechnung getragen wird. Ein derartiges rücksichtsloses Verfahren ist aus mehr als einem Grunde tief bedauerlich. Es kann jedenfalls nicht begründet werden mit dem Hinweis auf die erhöhten Produktionskosten für das Getreide der Neuente. Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahren ihre durch uniere Abschmürung vom Ausland errungene Monopolstellung sehr wohl auszunutzen verstanden und hat für sich und ihre Betriebe goldene Fundamente geschaffen. Der Wohlstand und die Lebenshaltung auf dem Lande ist so rasch und stark erhöht worden, wie nie zuvor. Andere Berufsstände dagegen sind völlig verarmt. Gewerbetreibende, Beamte und Arbeiter, die ihr Leben lang schwer gearbeitet und sich müde und gebrechlich zur Ruhe haben setzen müssen, nagen heute am Hungertuch.

Diese schroffen Gegensätze führen sicherlich zu nichts Gutem. Die gezeichnete Bauernpolitik ist gleich dem „Druck der Strafe“, führt zur „Untergrabung der Staatsautorität“, zur inneren Zerstückung und neuen revolutionären Wirren. Vor der Fortsetzung dieser Art Bauernpolitik muß dringend gewarnt werden. Die Geschichte zeigt uns, daß stets dann, wenn das Bodeneigentum seine natürliche Aufgabe nicht erfüllt, es dem Volk nicht Rettung ist, schwere soziale Mißstände erwachsen. Die Gelbrier und die Politik des Großgrundbesitzes war neben der sittlichen Entartung der damaligen Zeit die tiefste Ursache für den ruhmlosen Untergang der Antike. Das Privateigentum kann nur dadurch verteidigt und geschützt werden, wenn seine Inhaber die sittlichen Gren-

zen und Pflichten achten, welche die christliche Lehre dem Eigentum mit Rücksicht auf das Gemeinwohl gesetzt hat.

**Unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung,**

deren Generalversammlung Ende vorigen Monats stattfand, kann auf ein sehr günstiges Geschäftsergebnis für das Jahr 1921 zurückblicken. Die Geschäftsentwicklung übertraf weit die Erwartungen, die an die mit der Erhöhung des Aktienkapitals von 2 auf 5 Millionen verbundenen Erweiterung des Versicherungsumfanges geknüpft waren. Der Aufschwung unserer gemeinnützigen Gesellschaft wird am besten gekennzeichnet durch die fast runde Verdoppelung des Versicherungsbestandes von 137 auf 272 Millionen.

Die finanzielle Entwicklung ist ebenso günstig. Nach reichlichen Abschreibungen, z. B. des gesamten Inventars auf 1,00 M und nach Ueberweisung von 500.000 M an den Ausgleichsfonds der Versicherungsdividende, verbleibt ein Reingewinn von 788.302 M aus dem die Versicherter eine Dividende von 16 Prozent der eingezahlten Jahresprämien erhalten, gegen 15 Prozent im Vorjahre. Unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung glaubt, diese Dividende für absehbare Zeit halten zu können.

Unsere Mitglieder werden diesen Abschluß sicherlich begrüßen. Unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung ist heute den besten und sichersten Versicherungsunternehmen zuzurechnen. Da sie zudem mit keinen Balutaverpflichtungen gegenüber dem Ausland belastet ist, wodurch ihre Sicherheit außer allem Zweifel steht, ist das ihr entgegengebrachte Vertrauen der sicherste Gradmesser für eine weitere gleich gute Entwicklung.

**Wirtschaftliche Bewegung**

**Bezirk Köln**

**Schiedspruch des Bezirkslohnamtes für Holz-, Beton- und Tiefbau**

1. Die Löhne der Sacharbeiter im Baugewerbe werden in allen Bezirken um 8 Mark vom 3. August 1922, um weitere 4 Mark vom 17. August 1922 ab erhöht.

Die Parteien können in der Zeit vom 20. bis 30. August 1922 über die nach dem 30. August eintretende Lohnänderung verhandeln.

Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen für die Gebiete mit dem Kölner Sacharbeiterlohn 4 Prozent weniger als deren Lohn, in den übrigen Bezirken 5 Prozent. Die Löhne werden auf 10 Pfennig nach oben abgerundet.

2. Die Tiefbauarbeiter sollen denselben Zuschlag erhalten, wie die Bauhilfsarbeiter; die tatsächliche Differenz soll sich nicht vergrößern.

3. Der Bezirk Sommer-Königswinter wird dem Siegerkreis A gleichgestellt.

Die weitergehenden Anträge werden abgewiesen, bezw. zurückgestellt.

4. Die Löhne der Jugendlichen betragen 25, 40, 58 und 79 Prozent des Hilfsarbeiterlohnes.

5. Bezüglich des Akkordes gelten die Bestimmungen des Schiedspruches vom 18. Februar 1922.

6. Ueber die Vergütung von Begezeit verhandeln die Parteien bis zum 9. August 1922.

7. Der Schiedspruch gilt als angenommen, falls nicht bis Montag, den 7. August 1922 nachmittags 1 Uhr, bei dem Vorsitzenden des Bezirkslohnamtes eine gegenteilige Erklärung eingegangen ist.

**Demnach betragen die Löhne für Köln**

ab 3. August 1922	für Maurer	46,-
	„ Zimmerer	46,40
	„ Hilfsarbeiter	44,20
	„ Tiefbauarbeiter	44,-
ab 17. August 1922	„ Maurer	50,-
	„ Zimmerer	50,40
	„ Hilfsarbeiter	48,-
	„ Tiefbauarbeiter	47,80
ab 3. August 1922	„ Maurerpoliere pro Woche	2660,-
	„ Zimmererpoliere	2675,-
ab 17. August 1922	„ Maurerpoliere	2890,-
	„ Zimmererpoliere	2905,-

**Bezirk Hannover**

**Lohngebiet Bleicherode.** Seit der Rechtsverbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages im hiesigen Lohngebiet haben die Unternehmer das erste Mal den Schiedspruch des Bezirkslohnamtes ohne Zögern und Abänderungsversuche anerkannt. Bisher waren bei jeder Lohnänderung langwierige Verhandlungen nötig. Einmal kam es zum Streik, der gut durchgeführt wurde. Zweifellos hat dieser Kampf, sowie die Rechtsbelehrung des Syndikus der Arbeitgeber, der sich auf unsere Seite stellte, zu der jetzigen glatten Erledigung der Lohnbewegung beigetragen. Aufgabe der Kollegen ist es, durch taktvolle Agitation sowie durch energische Bekämpfung der Schwarzarbeiten mitzuhelfen, daß in Zukunft Lohnerrhöhungen sich reibungslos durchsetzen lassen, als daß in der Vergangenheit der Fall war.

**Stuttgarter und Püßer**

Nach langwierigen Verhandlungen ist nunmehr der neue **Bezirkstarif für das Rh.-Westf. Industriegebiet** abgeschlossen worden. Der **Bekanntmachung des Kollegen Püßen** (Nr. 21 der „Bauergewerkschaft“) hat sich insofern Geltung verschafft, als auch **Münster-Stadt** und **Land** in den Geltungsbereich des neuen Tarifes einbezogen sind. Einige andere an das Industriegebiet grenzende kleinere Gebiete gehörten schon früher dazu. Für Nachfolgenden soll keine Kritik des neuen **Bezirkstarifs** gegeben werden, die mag den Kollegen, die unter dem **Tarife** arbeiten sollen, vorbehalten bleiben, sondern es soll

das Erreichte kurz vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gerührt werden.

Das Drängen auf schnellste Schaffung eines neuen Bezirksstarifes war unter den Kollegen schon lange vor Wirlauf des alten Tarifes bemerkbar. Sie warteten auf wirtschaftliche Verbesserungen, die der neue Tarif bringen sollte. Konferenzen, die gemeinsam mit den Kollegen des D. S. stattfanden, stellten die Forderungen für den neu zu schaffenden Tarif auf. Fünf Verhandlungstermine führten am 28. 6. endlich zu einem annehmbaren Ergebnis. Im zweiten Verhandlungstage wurde erreicht, daß ab 20. 4. der Stukfateurlohn 15 Prozent und der Kupferlohn 5 Prozent über dem jeweiligen Maurerlohn betragen soll. Ein langgehegter Wunsch der Kollegen ist damit erfüllt worden, jedoch nicht ganz, da die ursprüngliche Forderung dahin ging, für die Puhler denselben Lohn wie für die Stukfateure festzusetzen. Ab 20. 4. kam der Lohn nach der neuen Regelung zur Auszahlung, und es war damit der erste Hauptpunkt endgültig erledigt. Ebenso schwierig wie die Festlegung des neuen Lohnes waren die weiteren Verhandlungen über die Akkordsätze. Da die Lohnsteigerung seit Abschluß des alten Tarifvertrages etwa 30 Prozent betrug, wurde von den Kollegen eine weit höhere Steigerung vieler Akkordpositionen verlangt, die gegenüber dem Lohn zu niedrig im Preise standen. Nach mehrmaligen Verhandlungen ist es dann gelungen, die Positionen des Akkordtarifes um 310-345 Prozent zu erhöhen. Die so errechneten neuen Akkordsätze, die bei einem Stukfateurlöhndollar von 31 \$ festgelegt wurden, erfahren dieselben Prozentualen Veränderungen wie der Lohn. Auch wurde es nach langem Hin und Her erreicht, noch vier neue Positionen aufzunehmen für Arbeiten, die bislang noch keine Preisbemessung im Tarife gefunden hatten. Der so zusammengestellte neue Akkordtarif enthält nicht weniger wie 54 Positionen. Die Landgeldzulage, welche sonst immer in einem festen Geldsatz festgelegt war und somit bei den Lohnsteigerungen nicht mitspieg, hat ebenfalls eine Veränderung dahingehend erfahren, daß sie jetzt 75 Prozent des jeweiligen Stundenlohnes beträgt.

Wenn die angeführten und nicht angeführten Vorteile des neuen Bezirksstarifes auch nicht alle berechtigten Wünsche der Kollegen erfüllen und fast in allen Konferenzen sich eine starke Kampfesstimmung bemerkbar machte, müssen wir uns jetzt doch weniger mit der Kritik, als mit dem beschäftigen, was nun geschehen muß. Der neue Bezirksstarif regelt die Löhne und Arbeitsbedingungen des Stadtgewerbes für einen Bezirk, in dem neben der Riesenindustriegegend auch ländliche Gebiete in Frage kommen. Strengste Durchführung des Tarifes ist die Forderung, die wir an alle Kollegen stellen müssen, insbesondere an die in ländlichen Gebieten. Hier kommt besonders der § 2 in Frage, der besagt, daß die tägliche Arbeitszeit acht Stunden beträgt. Die Rechnung geht besonders den Kolonienpauern, deren Ähren bei Arbeitslohn seitdem oft zu spät gehen. Ihnen muß man zurufen: „Kollegen! Wollt ihr auch im Akkord euch als Gewerkschafter zeigen, dann haltet euch an die tariflichen Bestimmungen.“ Die Akkordpreise sind so bemessen, daß jeder in acht Stunden zu seinem Verdienste kommen kann. Um Irrtümer zu vermeiden, ist es notwendig, daß sich jeder Kollege mit dem neuen Tarif bewaffnet — und danach arbeitet.

Alle Puhler und Stukfateure müssen mitarbeiten an der Hebung ihres Standes, ihres Berufes. Dazu ist der neue Tarif ein gutes Mittel. Aber nur wenn gewerkschaftliche Reife und Einsicht ihn handhaben und der Egoismus des einzelnen in den notwendigen Schranken gehalten wird, kann er den Segen stiften, den wir von ihm erwarten. A. Ernst, Bochum.

### Polier- und Schachtmeisterbewegung

#### Bezirk Bochum

Am 9. Juli fand die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz in Dortmund statt. 32 Delegierte vertraten fast 100 Mitglieder. Die Ereignisse der letzten Zeit, vor allem die Stellungnahme zum neuen Reichstarifentwurf für Poliere und Schachtmeister, brachten einen lebhaften Ton in die Konferenz. Auf der Tagesordnung standen: 1. Geschäftsbericht. 2. Vortrag des Kollegen Anzen Schmidt vom Hauptverband, Berlin. 3. Aussprache. 4. Anträge. 5. Vorkommnisse. 6. Verschiedenes.

Der 1. Vorsitzende Kollege August Reider, Essen, gedachte einer Kollegen, die seit dem letzten Bezirkskongress aus dem Kreislichen geschieden sind. Die Anwesenden erheben sich zu ihrer Ehre von den Plätzen. Er richtete dann warme Worte der Begrüßung an die Erschienenen und dankte allen für ihre Mitarbeit im verflochtenen Jahre. Zum Geschäftsbericht erhielt er dem Kollegen Aug. Ernst, Bochum, das Wort. In Anfang seiner Ausführungen gab Redner der Hoffnung Ausdruck, daß der Bezirksleiter der Reichsvereinigung, der Kollege Meyer, Duisburg, den er zu vertreten hätte, sich von seiner unerwartet vollständig erhalten möchte, um dann wieder erneut keine ganz strapazierten in den Dienst der Sache stellen zu können. Er freute den Vorwärtler Verhandlungstag und wies darauf hin, daß der Kollege Aug. Reider, Essen, auf demselben für die Reichsvereinigung in den Verhandlungen tätig gewesen sei. Eingehend nahm er dann Stellung zu den gewerkschaftlichen Vorgängen des verflochtenen Jahres. Die harte Lohnkämpfe im Baugewerbe und die Haltung der Arbeitgeber bei den Verhandlungen über den neuen Poliervertrag müssen den Polieren zu denken geben und sie veranlassen, für eine geschlossene Organisation Sorge zu tragen. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Gesamtsumme im 1. Vierteljahr 1922 7487,6 \$ betragen, wovon in den Lokalfassen 1922,25 \$ verblichen. Bezüglich der Beitragsleistung in unserer

Reichsvereinigung sei zu bedenken, daß, wenn des öfteren die Beiträge höher sein werden, wie die des Deutschen Polierbundes, die Mehrleistung zugunsten der Lokalfassen erfolge. Redner schloß mit dem Hinweis, daß den Interessen der Poliere nicht durch radikale Phrasen, sondern allein durch gesunde, praktische Gewerkschaftsarbeit gedient wird. Dann erhielt der Kollege Schmidt, Berlin, das Wort. Er hat an den verschiedenen Verhandlungen über den neu zu schaffenden Reichstarifvertrag für Poliere und Schachtmeister teilgenommen und konnte deshalb ein klares Bild von dem Stand der Angelegenheit geben. Besonders kennzeichnete er den schweren Stand gegenüber den Arbeitgebern, welche mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln es fertig gebracht haben, die Ausschüß für einen gemeinsamen Tarif für Poliere und Schachtmeister in Frage zu stellen. Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, hat man sich auf Arbeitnehmerseite entschlossen, zunächst für die Poliere einen Tarif auszuarbeiten, um dann den für die Schachtmeister folgen zu lassen. Mit äußerster Hartnäckigkeit hielten die Arbeitgeber an der Zweigruppeneinteilung der Poliere fest, auch sehen sie eine Entlohnung auf der Grundlage von 2400 Tag-Arbeiterstundenlöhnen plus 10-15 Prozent Zuschlag als genügend an. Die Ursache, warum die Arbeitgeber im Punkte Entlohnung diesen Standpunkt einnehmen, liegt wohl darin, daß in verschiedenen Gebieten Deutschlands die Poliere nur 8-15 Prozent über dem Sacharbeiterlohn stehen.

Die Aussprache über den Vortrag des Kollegen Schmidt fand ihren Ausklang in der Annahme folgender Entschlieung:

„Die am 9. Juli 1922 zu Dortmund tagende Konferenz der in der Reichsvereinigung der Poliere, Werk- und Schachtmeister organisierten Berufscollegen nimmt den Bericht über die bisher geführten Reichstariifverhandlungen entgegen. Sie betrachten das Angebot der Arbeitgeber, soweit Eingruppierung und Lohnangebot in Frage kommen, als unannehmbar. Es kann nur eine Gruppe Poliere geben oder gar keine. Anfänger werden im ersten Jahr allgemein nur als Postengellen oder Vizepoliere bezeichnet. Davon können wir auch in Zukunft nicht abweichen.“

Bei Festsetzung des Lohnes muß unter allen Umständen an der Formel: Sacharbeiterlohn plus 25 Prozent festgehalten werden. Sollte sich auf dieser Grundlage die Lohnfrage nicht regeln lassen, dann muß die Lohnfestsetzung den bezirklichen bzw. örtlichen Verhandlungen überlassen bleiben. In allen anderen Fragen vertrauen wir der Interessenvertretung unserer Verhandlungsführer, betonen aber, daß eine Verschlechterung gegenüber dem heutigen tariflichen Rechte nicht eintreten darf.“

Dann wurden die Anträge erledigt. Die Frage der Beiträge und Erweitertträge wurde gemäß den Beschlüssen des Verbandstages und der Bezirksvorstandssitzung vom 25. 5. entschieden. Der Antrag, der „Baugewerkschaft“, eine Erweiterteilung für die Reichsvereinigung beizugeben, wurde angesichts der hohen Kosten dem Vorstande zur weiteren Befürwortung und Erfüllung überwiegen. Sämtliche Anträge, die auf die Förderung der Agitation abzielten, wurden gutgeheißen und die Kollegen aufgefordert, überall rege mitzuarbeiten und neue Mitarbeiter zu gewinnen. In den Bezirksvorstand wurden folgende Kollegen gewählt:

- 1. Vorsitzender: Reider-Essen, 2. Vorsitzender: Abel-Bochum, 1. Kassierer: Meyer-Duisburg, 2. Kassierer: Müller-Dortmund, 1. Schriftführer: Schid-Essen, Zweiter Schriftführer: Schid-Hamborn, Revisor: Breitenstein-Sagen, Rudolph-Belbert, Posthof-Damm, Claus-Buer, Kassiererevidoren: Meyer, Lorenz-Duisburg, Zwingmann-Gelsenkirchen.

Unter Verschiedenes wurde empfehlend auf unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ hingewiesen.

Mit einem dreifachen God auf das Blühen und Gedeihen der Reichsvereinigung der Poliere, Werk- und Schachtmeister wurde gegen 7 Uhr die Konferenz geschlossen.

### Bau-Rundschau

#### Die Indeziffer für Baustoffe

Ist nach „Ziegel und Zement“ unter Zugrundelegung von 70 Quadratmetern Wohnflächen vom 1. Juli 1914 (1584,50) bis zum 1. Mai 1922 (107437,4) auf die Zahl 6780 gestiegen, das bedeutet, da der Index Anfang April 533 betrug, eine Steigerung von 1. April vom 53,3fachen auf das 67,80fache der Baustoffpreise zu Anfang Mai. (Zentralbl. d. Bauverwaltung.)

#### Zur Wohnungsbaufatastrophe

Wie dem „Deutschen“ mitgeteilt wird, hat im preussischen Ministerium für Volkswirtschaft mit Vertretern der gemeinnützigen Bautätigkeit, der Wohnungsfürsorgegesellschaften der Gemeinden, sowie mit Landtagsabgeordneten eine Beratung darüber stattgefunden, mit welchen Maßnahmen der durch die gegenwärtige Preisfatastrophe geschaffenen Lage auf dem Baumarkt zu begegnen sei. Es fand eine eingehende Aussprache statt über die Frage der Erhöhung der Einzelsätze für die Landesdarlehen, sowie der Sätze für die Wohnungsbaubausgabe. Eingehend wurde auch die Frage der Baustoffbeschaffung erörtert. Es wurde angeregt, eine umfassende Organisation der gemeinnützigen Verbraucher zu schaffen, die durch eigene Produktion von Baustoffen Einfluß auf die Preisbildung gewinnen soll. Aus der Versammlung wurde der Wunsch an die Regierung gerichtet, dahin zu wirken, daß dieser neu zu gründenden Verbrauchersorganisation ein Kredit von einer halben Milliarde Mark zur Verfügung gestellt wird.

### Don den Arbeitsstellen

#### Mehr soziales Empfinden!

Der vierjährige Krieg, mit der anschließenden politischen Umwälzung in Deutschland, hat manchem verstorbenen reaktionären Gewaltmenschen im Unternehmerlager eine etwas andere soziale Einstellung beigebracht, wenn auch oft wider Willen. Freilich, die vielen wilden Streiks und Forderungen haben jenen Elementen hier und da wieder den Muten gestiftet, wovon man häufig auf Bauten Kostproben zu schmecken bekommt. So erging es auch mir, als ich bei einer Bauteilnahme in Borken (Westf.) den Unternehmer Schwere in unabhängiger Weise befragte, was halb er seinen Arbeitern nicht den tariflichen Lohn zahlte, trotzdem ich ihn doch schriftlich dazu aufgefordert habe. Bei der zweiten Frage meinerseits geriet der Herr gewaltig in Wut und gebrauchte Kraftausdrücke, wie: „Vorläufig habe ich noch allein zu jagen auf der Arbeitsstelle.“ „Ich schmeiße Sie vom Bau“ und wie die schönen Worte mehr lauteten. Selbstverständlich ließ ich mich dadurch in meinem Aufrage nicht beirren und setzte dem unerschauenden Arbeitgeber den Kopf gründlich zurecht. Schließlich kam dann Herr Schwere zu sich und sah mit jenerer Miene ein, daß auf seine Art und Weise doch nicht mit den 777 Gewerkschaftsmitgliedern fertig zu werden ist. Nachdem er sich dann vollends von seinem Vorfall erholt hatte, versprach er, den Lohn zahlen zu wollen. Hoffentlich zieht er die Lehren aus diesem Fall; dann dürfte der Streit, so übel er war, nicht unjenseitig gewesen sein.

Aber nicht allein Unternehmer legen ein solches unsoziales Verhalten an den Tag gegenüber ihren Arbeitern, sondern auch untergeordnete Stellen wagen dieses in der dreifachen Weise. So wird mir berichtet, daß der Polier der Bauabteilung der Zeche Schöwen in einer Art und Weise gegen einzelne Arbeiter seines Betriebes auftritt, die jedem gesunden sozialen Empfinden Hohn spricht. Ein älterer Arbeiter meldete sich bei uns auf dem Büro und klagte über den Arges sein Leid. Glaubte dieser Arbeiter mit seinem brüskem Vorgehen auf die Dauer durchzukommen? Er darf versichert sein, daß die Organisation Mittel und Wege finden wird, um ihm das nötige soziale Verständnis beizubringen. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um hier Besserung zu schaffen. J. Einig.

### Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Eine Anzahl Verwaltungsstellen hat den Vordruck für die Berufszählung noch nicht ausgefüllt eingeliefert. Wir bitten im Interesse einer geordneten Geschäftsführung dieses schnellstens nachzuholen.

Der Hauptvorstand, J. A. A. Schmidt.

### Bekanntmachung

Wer den Aufenthalt (Straße und Hausnummer) des Kollegen Johann Jäkel, geb. am 24. 8. 1883 in Essen, kennt, wolle dieses umgehend dem Unterzeichneten mitteilen. Jäkel wird von uns in finanziellen Angelegenheiten gesucht.

Verwaltungsstelle Hagen, Ernst Schmalfleg, Bahnhofsstr. 10.

### Sterbetafel.

Am 6. Juni 1922 starb unser langjähriges treues Mitglied Peter Fellingner im Alter von 27 Jahren. Verwaltungsstelle Essen.

Am 20. Juni starb unser Kollege Josef Malcharet (Maurer) im Alter von 22 Jahren.

Ortsgruppe Ratibor.

Nach längerer Krankheit starb unser Kollege Ferdinand Schäfer (Schachtmeister) im Alter von 55 Jahren. Ein vorbildlicher Gewerkschafter, und einer der ältesten Schachtmeister ist mit ihm dahingegangen.

Reichsvereinigung der Poliere, Werk- und Schachtmeister, Verwaltungsstelle Essen. Ehre ihrem Andenken!

### Zur Beachtung!

Die „Wirtschaftshilfe“ des Verbandes kann unseren Mitgliedern guten preiswerten Rauchtobak zu den nachstehenden Preisen liefern:

In Päckchen von 250 Gramm	18,50 M.
„ „ „ 100 „	7,80 „
„ „ „ 50 „	4,50 „

Verband kann nur gegen Nachnahme unter Verechnung von Porto und Verpackung erfolgen. Es ist daher vorteilhaft, nicht unter ein Postkilo (mit Verpackung 10 Pfund) zu bestellen, da bei kleineren Mengen Porto und Verpackung unnötig verteuert werden.

Der Hauptvorstand.